Ältere unter Druck

Ältere Mitarbeiter leiden häufig unter Stress durch die Digitalisierung. **Seite 28** Foto: iStock/Getty Images

(V. l. n. r.) Innsbrucks Bürgermeister Georg Willi, Franz Mariacher (Tigewosi), Ingmar Schwabl (SREAL Immobilien), Frank Tschoner (TT), Sabine Lässer (Fachgruppe Immobilien WK) und Michael Kugler (Carsima Immobilien) diskutieren die Situation am Tiroler Wohnmarkt. Foto: Rachle

„Keiner will höhere Häuser, alle wollen gute Aussicht

Beim TT-Immo-Stammtisch wird klar. Ohne Verdichtung und Aufstockung wird Wohnen nicht billiger. Aber: Die meisten sind dagegen.

Von Verena Langegger

Innsbruck – Wohnen muss günstiger werden, das war nicht der Beginn einer Wahlkampfrede, sondern der Einstieg in den *TT*-Immo-Stammtisch von gestern Abend. Erst Anfang des Jahres wurde zu diesem Zwecke vom Land ein so genanntes Wohnpaket beschlossen. Mit den geplanten Gesetzesänderungen will die Landesregierung nach eigenen Angaben Spekulationen mit Immobilien eindämmen und zudem Bauland für den geförderten Wohnbau mobilisieren. Michael Kugler, Inhaber und Geschäftsführer von Carisma Immobilien, findet darin „viele gute Sachen, die das Ziel unterstützen“, eine wesentliche Thematik fehlt ihm aber: „Wir bauen zu wenig Wohnungen.“ Für ihn seien die hohen Preise für Wohnraum eine „Sache von Angebot und Nachfrage“, in diesem Fall gebe es zu viel Nachfrage bei zu wenig Angebot. Und im Wohnpaket „zu viele Regulierungen“. Zudem will Kugler eine „höhere Dichte“ im Wohnbau. Er orte aber eine „Abwehrkultur in den Gemeinden“, in zu vielen Orten gebe es bereits Baustopps durch die Bürgermeister.

„Ich orte eine Abwehrkultur in den Gemeinden. Die Folgen sind Baustopps durch die Bürgermeister.“

Michael Kugler (Carisma Immobilien) Foto: Hammerle

Der Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi bezeichnet das Wohnpaket als „einen Versuch“. Und er betont: „Hinter Wohnbau steht eben die Raumordnung und in Tirol gibt es nur begrenzte Bodenressourcen.“ Politik könne nur an „Stellschrauben drehen“, „der Wohnungspreis richtet sich nach dem Grundstückspreis, nach dem Baupreis und der Baudichte, was heißt: je dichter, desto günstiger“. Dass mehr verdichtet und höher gebaut werden muss, darüber sind sich die Wohnexperten einig. Auch hier kann der Innsbrucker Bürgermeister Erfahrungen einbringen: „Sagen Sie das den Leuten, keiner will höhere Häuser, alle wollen eine gute Aussicht.“

Ebenfalls umstrittener Vorschlag im Wohnpaket des Landes: Die Neuwidmung von Bauland soll auf zehn Jahre befristet werden. Für Franz Mariacher, Geschäftsführer der Tigewosi ist klar, warum so wenig Bauland zu kaufen ist. „Die Leute horten das oder wissen nicht, was sie mit dem Geld machen sollen.“ Er spricht sich für klar eine befristete Widmung aus. Kugler will noch mehr Mut und sogar in bestehende Widmungen eingreifen. Willi lacht: „Ich habe es mit 28 Vorbehaltsflächen probiert, der politische Mut hat gefehlt.“ (Anmerkung: Für den Vorschlag der Festschreibung von Vorbehaltsflächen für geförderten Wohnbau erhielt Willi im Gemeinderat keine Mehrheit.)

„Hinter Wohnbau steht die Raumordnung und in Tirol gibt es nur begrenzte Bodenressourcen.“

Georg Willi (Bürgermeister Ibk) Foto: Rachle

Ebenfalls thematisiert wird der Weiterverkauf Wohnbaugeförderter Wohnungen. Sabine Lässer, Fachgruppe Immobilien in der Wirtschaftskammer, kann sich etwa eine Überprüfung der Förderwürdigkeit alle fünf Jahre vorstellen. Das sei schon jetzt möglich, erklärt Franz Mariacher. Doch was machen mit dem, der jetzt knapp über der Grenze ist? Willi will jedenfalls, dass Wohnbau-geförderte Wohnungen nur zum Einkaufspreis plus Indexierung weiterverkauft werden können.

Was in einer Wohndiskussion derzeit nicht fehlen darf, ist der PEMA-Turm Nummer 2. Er, Kugler, habe der Stadt etwa „ein ganzen Stockwerk schenken wollen“, wenn die Verdichtung eines Projektes wie geplant durchgegangen wäre. „Das hat ihrer Vorgängerin nicht gefallen“, erzählt Kugler. Und fragt weiter: „Warum bekommt jemand überhaupt dreimal eine Bewilligung für einen Turm und wir dürfen nicht verdichten?“ Das sei ordentlich schiefgelaufen, sagt Willi.

Im Schlaf ab Innsbruck nach Brüssel

Am 15. Dezember tritt der neue Fahrplan der ÖBB in Kraft. Die mehrheitlich private Westbahn verdichtet ihren Takt für Pendler.

Wien – Wer künftig in Innsbruck in den Nightjet einsteigt, wacht am nächsten Tag in der europäischen Metropole Brüssel auf. Ab Jänner 2020 wird es einen Nachtzug von Wien bzw. Innsbruck nach Brüssel geben, Tickets sind ab 15. November buchbar. Die Fernverbindung Bozen – Wien über Innsbruck wird ausgebaut: Über die Landeshauptstadt werden ÖBB-Fahrgäste nun täglich von Wien in die Südtiroler Landeshauptstadt (und zurück) gebracht.

300 Fernverkehrszüge, davon mehr als die Hälfte im internationalen Fernverkehr, bieten die ÖBB bereits an. Ab Mai 2020 gibt es eine Direktverbindung von Wien nach Berlin. Auch bei den ÖBB-Nightjets sollen neue Verbindungen folgen, ab Dezember 2020 sind Garnituren nach Amsterdam geplant. Das Potenzial ist – auch wegen der breit geführten Klimaschutz-Diskussion – groß: Bei den Nightjet-Tickets verzeichnete die Bahn eine Steigerung von elf Prozent. Apropos Klimaschutz: Um Jugendliche vom nachhaltigen Reisen zu überzeugen, erhalten sie nächstes Jahr zu ihrem 18. Geburtstag von der Staatsbahn die Vorteilscard geschenkt. „Wir sind gespannt, wie viele von den 90.000 Jugendlichen, die im nächsten Jahr 18 werden, die Vorteilscard abholen“, sagte ÖBB-Chef Andreas Matthä.

ÖBB-Chef Matthä verschenkt Vorteilscards an 18-Jährige. Foto: ÖBB/Knopp

Der gestern präsentierte neue ÖBB-Fahrplan soll aber auch einen massiven Ausbau des Nah- und Regionalverkehrs bringen. Insgesamt sind vier Millionen zusätzliche Zugkilometer geplant. Dabei handle es sich um „die größte Ausweitung der letzten Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte“, sagte der ÖBB-Chef. In der Ostregion soll es ein Plus von zehn Prozent geben, mit verbesserten Intervallen und längeren Betriebszeiten.

Mit dem neuen Fahrplan werden die Tickets im Schnitt um 1,9 Prozent teurer, was für Matthä eine „sehr faire Preisanpassung im Verhältnis zur Leistung“ ist. Die Strecke Wien – Innsbruck wird damit um 60 Cent teurer. Verbundkarten sind von der Teuerung nicht betroffen, ebenso wenig wie die Preise der ÖBB Vorteilscard. Ausgebaut wird auch das Carsharing-Angebot „Rail & Drive“. In Tirol können an den Bahnhöfen Innsbruck, Landeck und Wörgl derzeit 35 Pkw ausgeliehen werden – in Innsbruck bald auch E-Autos.

Die mehrheitlich private Westbahn stellt ihre Wien-Salzburg-Verbindung ab 15. Dezember von einem Halbstunden- auf einen Stundentakt um – wird aber in der Früh und am Abend zusätzliche Züge anbieten. Die Gründe für die Reduktion der Verbindungen sind der Verkauf des kompletten Zugmaterials an die Deutsche Bahn und die hohen Verluste. *(APA, ritz)*

Das untersuchte Fleisch wurde vernichtet. Foto: colourbox.com

Gammelfleischverdacht in der Steiermark

Graz – Bei einer Razzia in einem steirischen Schlachtbetrieb im Bezirk Leibnitz sind am Dienstag der 55-jährige Betriebsleiter wegen Verdunkelungsgefahr festgenommen und Fleischproben gezogen worden. Es liegt Betrugsverdacht vor: In dem Betrieb soll genussuntaugliches Fleisch, das eigentlich zur Tierkörperverwertung gehört hätte, verarbeitet worden sein.

Laut der Staatsanwaltschaft Graz soll der Verdächtige nicht geständig sein. Unklar ist noch, ob das verarbeitete Fleisch tatsächlich gesundheitsschädlich ist. Entgegen ersten Angaben wurden nicht größere Mengen Fleisch beschlagnahmt, sondern von unterschiedlichen Stücken Proben gezogen sowie alles genau mit Fotos dokumentiert. Ein Mitnehmen sei nicht möglich gewesen, da man die Tonnen an Fleisch nicht lagern hätte können.

Laut einer Aussendung von Veterinärlandesrat Christopher Drexler (ÖVP) waren bereits im Jahr 2015 in diesem Betrieb Verstöße gegen das Tierschutzgesetz festgestellt worden, auf deren Basis Nachschulungen und Verwaltungsstrafen verhängt und strengere Kontrollen durchgeführt wurden. Im Gegensatz zu den damaligen Vorkommnissen gehe es nun aber um den Verdacht von Verstößen gegen das Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz.

Das Schlachtgut vom Tag der Razzia – es handelt sich offenbar sowohl um Rind- als auch um Schweinefleisch – sei nach der Probenentnahme vernichtet worden. Wegen der relativ geringen Menge der allenfalls in Verkehr gebrachten genussuntauglichen Ware gehe man davon aus, dass eine akute Gefährdung der Verbraucher äußerst unwahrscheinlich sei. *(APA)*